Aufgaben ohne Rücksicht auf Pensionäre erfüllen?

19.08.2015

(Euskirchen/Berlin) „Der öffentliche Dienst sollte seine Aufgaben erfüllen können, ohne auf Reserven aus dem Ruhestand zurückgreifen zu müssen.“ Das hat der DBB Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt im Radiosender NDR Info betont. Hintergrund sind die Bestrebungen in einzelnen Bundesländern, für die Bearbeitung der mit dem Flüchtlingsansturm verbundenen Aufgaben pensionierte Beamte zu reaktivieren.

Der DBB Chef verwies auf die insgesamt 2.000 Neueinstellungen in diesem und im nächsten Jahr im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dafür gebe es offenbar genügend Bewerber: Der Markt gebe das her,
sagte Dauderstädt. Dies sei der bessere Weg, als Beamte aus ihrem Ruhestand wieder zurück in den Dienst zu rufen. Dies komme ohnehin nur in Frage, wenn sich die Betroffenen freiwillig dazu bereit zeigten.

Im Übrigen gehe es bei diesem Problem nicht um Dienstplangestaltung, sondern das sei auch eine Frage der Stellenstrukturen und der Bezahlung, betonte der DBB Chef. Das Problem der Unterbesetzung in vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes sei auch nicht erst 2015 entstanden. Es werde aber nun, etwa aufgrund notwendiger Untersuchungen der Flüchtlinge durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, durch erhöhte Aufgaben auch
für Justiz und Verwaltung klar, dass es massive Defizite gebe, die auch nicht von heute auf morgen geschlossen werden könnten. Der DBB hatte seit langem davor gewarnt, dass Deutschland aufgrund von Personalmangel für solche Herausforderungen nicht gerüstet sei.

Zur Nachrichtenübersicht